



Dr. Lale Akgün • Martin Dörmann • Prof. Karl Lauterbach • Dr. Rolf Mützenich
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten
Magnusstraße 18b · 50672 Köln

SPD-Bürgerbüro Köln
Büro der Bundestagsabgeordneten
Magnusstraße 18b
50672 Köln
Tel.: 0221 / 16919577
Fax: 0221 / 16919579
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail: koelner-spd-mdb@netcologne.de

An die
Kölner Medien

Köln, 19. März 2009

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten und der Kölner Oberbürgermeisterkandidat Jürgen Roters unterstützen den Gruppenantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung

Am heutigen Tag wird im Deutschen Bundestag in 1. Lesung ein Gruppenantrag behandelt, der zum Ziel hat, Diamorphin als Arzneimittel anzuerkennen. Der Antrag wird von 250 Abgeordneten aller Fraktionen mit Ausnahme der Union unterstützt, darunter auch die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Parteiübergreifend soll nun mit dem vorgelegten Gruppenantrag erreicht werden, zukünftig per Gesetz die Heroin-Abgabe als Kassenleistung zu erlauben. Am 23. März findet eine öffentliche Expertenanhörung des Gesundheitsausschusses statt.

Jürgen Roters, rot-grüner Oberbürgermeisterkandidat, begrüßt den Vorstoß:

"Nach Jahren der Entspannung steigt die Zahl der Drogenabhängigen und Drogentoten wieder an. Deshalb sind und bleiben staatliche Programme gegen Drogensucht und Drogenkriminalität auch weiterhin von großer Bedeutung. Prävention, Hilfe für Drogenabhängige und der Kampf gegen den Drogenhandel erfordern ein abgestimmtes Handeln.

Die SPD hat in den letzten Jahren neue und unverzichtbare Programme gerade auch zur konkreten Hilfe für Suchtabhängige auf den Weg gebracht. Dabei kann man nicht nur schnelle Erfolge von heute auf morgen erzielen. Kontinuität und Verlässlichkeit sind gefragt. Dies gilt in besonderem Maße auch für Schwerstabhängige, die nach Jahren des Drogenkonsums nur schwer aus dem Kreislauf von Sucht, Beschaffungskriminalität und körperlichem Verfall finden. Hier hat das Projekt der kontrollierten Abgabe von Heroin vielen Betroffenen geholfen und ganz konkret Menschenleben gerettet.



Mitglieder des Deutschen Bundestages

Wir in Köln haben gemeinsam für dieses Projekt gekämpft und sind stolz auf die erzielten Erfolge. Dies darf nicht gefährdet werden. Im Gebäude der Drogenpolitik darf keine Säule wegfallen.“

Ergänzende Informationen zum Gruppenantrag:

Das Arzneimittel Diamorphin soll dazu dienen, schwerst Opiatabhängigen, denen mit den bisher angebotenen Therapien nicht geholfen werden kann, eine zusätzliche Option zur Behandlung zu ermöglichen. In Studien wurde nachgewiesen, dass es Personen gibt, die nur mit Diamorphin gesundheitlich und sozial stabilisiert werden können. Es geht um maximal 2000 Personen in der Bundesrepublik, die für diese Therapie in Frage kommen.

Diamorphin ist dem Ersatzstoff Methadon überlegen. Der Gesundheitszustand der Patienten verbesserte sich signifikant, der Beikonsum illegaler Drogen verringerte sich, die Wohn- und Arbeitssituation wandte sich zum Guten. Ein weiterer Effekt: Die Beschäftigungskriminalität ging deutlich zurück.

Im Jahr 2002 hatte auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung die Abgabe von Diamorphin begonnen, wie die wissenschaftliche Bezeichnung für den künstlich hergestellten Heroin-Ersatz lautet. In Köln, Bonn, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe und München nahmen etwa 1000 Suchtkranke an dem Modellprojekt teil. Nach den Ergebnissen der Studie stellte sich die Behandlung mit Diamorphin als überlegen heraus, zumindest was die Lebensqualität und den körperlichen Zustand der Abhängigen betraf. 2007 endete die Studie und seitdem stehen die Projekte auf einer wackligen rechtlichen Grundlage, weshalb dringend eine gesetzliche Regelung erforderlich ist.